

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>A. Einführung</b> .....	1
<b>B. Das schwedische Stiftungszivilrecht im Vergleich zur deutschen Rechtslage</b> .....	7
I. <i>Grundlagen</i> .....	7
1. Stiftungsformen im schwedischen Recht .....	7
2. Rechtsquellen .....	10
II. <i>Wesentliche Ähnlichkeiten zum deutschen Recht</i> .....	12
1. Der Begriff der allgemeinen Stiftung schwedischen Rechts .....	12
2. Stiftungsaufsicht .....	14
3. Existenz eines Leitungsorgans und seine Pflichten .....	16
III. <i>Wesentliche Unterschiede zum deutschen Recht</i> .....	17
1. System freier Körperschaftsbildung .....	17
2. Verwaltung .....	19
3. Organe .....	21
4. Haftungssystem .....	24
a) Haftung gegenüber der Stiftung .....	24
b) Haftung gegenüber Dritten .....	27
5. Zweckänderung .....	28
6. Behandlung von Familienstiftungen .....	36
7. Sonstige Unterschiede .....	37
IV. <i>Ergebnis</i> .....	39
<b>C. Die Behandlung unternehmensverbundener Stiftungen im schwedischen und deutschen Recht</b> .....	41
I. <i>Definition unternehmensverbundener Stiftungen</i> .....	41
II. <i>Das Problem der Zulässigkeit unternehmensverbundener Stiftungen</i> .....	45
1. Die Zulässigkeit unternehmensverbundener Stiftungen als rechtssystemübergreifendes Problem .....	45
2. Lösung in Schweden .....	48
a) Ausgangspunkt: Regelungen wirtschaftlicher Tätigkeit bei Stiftungen .....	48
aa) Verkehrsschutz .....	48
bb) Gläubigerschutz durch Organhaftung .....	49
cc) Mittelbarer Gläubigerschutz durch Verkehrsschutz .....	50
(1) Rechnungslegung .....	50
(2) Eintragungspflicht .....	52

## Inhalt

(3) Besonderheiten der internen Prüfung durch Revisoren bei unternehmensverbundenen Stiftungen	53
dd) Gläubigerschutz durch Liquidationspflicht bei rechnerischer Überschuldung	54
ee) Sonstige an die Unternehmensverbundenheit anknüpfende Normen	55
ff) Zwischenergebnis	55
b) Zulässigkeit unternehmensverbundener Stiftungen	56
aa) Entwicklung der Debatte vor Inkrafttreten des schwedischen Stiftungsgesetzes	57
bb) Rechtslage nach Inkrafttreten des schwedischen Stiftungsgesetzes	59
c) Ergebnis	61
3. Lösung in Deutschland	62
a) Ausgangspunkt: Regelungen wirtschaftlicher Tätigkeit bei Stiftungen	62
b) Zulässigkeit unternehmensverbundener Stiftungen	64
aa) Gemeinwohlkonforme Allzweckstiftung	65
bb) Stiftungsklassenabgrenzung	66
cc) Stellungnahme	69
c) Ergebnis	72
III. Vergleich und Zusammenfassung	72
<b>D. Stiftungszivilrechtliche Probleme offener und verdeckter Unternehmensselbstzweckstiftungen und ihre Lösung</b>	<b>75</b>
I. Rechtssystemübergreifende Probleme offener und verdeckter Unternehmensselbstzweckstiftungen als Ausgangspunkt	75
1. Problem der Vermögensperpetuierung als Grundlage der Zweifel an der Zulässigkeit offener und verdeckter Unternehmensselbstzweckstiftungen	75
2. Das Spannungsfeldproblem: Konflikt zwischen Unternehmensinteresse und Stiftungszweck bei verdeckten Unternehmensselbstzweckstiftungen	76
II. Problemlösung in Schweden	79
1. Lösung des Problems der Vermögensperpetuierung bei Unternehmensselbstzweckstiftungen	79
2. Lösung des Spannungsfeldproblems	81
a) Abstrakter Vorrang des nicht unternehmensbezogenen Stiftungszwecks vor dem Unternehmensinteresse	81
b) Der Grundsatz der Stiftungsautonomie im schwedischen Recht	82
c) Gefahren für den aus der Stiftungsautonomie resultierenden abstrakten Vorrang des Stiftungszwecks	85
d) Die besondere Form der »anslagsstiftelse«	87
e) Zwischenergebnis	88
3. Ergebnis der Problemlösungen im schwedischen Recht	89
III. Problemlösung in Deutschland	90
1. Lösung des Problems der Vermögensperpetuierung bei Unternehmensselbstzweckstiftungen	90
a) Das Verbot der Selbstzweckstiftung	91
b) Die Zulässigkeit offener Unternehmensselbstzweckstiftungen	91

## Inhalt

aa) Unzulässigkeit von Selbstzweck-, nicht aber offenen Unternehmensselbstzweckstiftungen	91
bb) Unzulässigkeit sowohl von Selbstzweck- als auch offenen Unternehmensselbstzweckstiftungen	92
cc) Stellungnahme	93
c) Zwischenergebnis	96
2. Lösungsansätze zum Spannungsfeldproblem	97
a) Abstrakter Vorrang des Stiftungszwecks vor dem Unternehmensinteresse	99
aa) Stiftungszweckbezogenes Verständnis der Vermögenserhaltung	99
(1) Auffassung Ballerstedt und Salzwedel	99
(2) Auffassung Rawert	99
(3) Auffassung Reuter	103
(4) Auffassung Schlüter	105
(5) Auffassung Schauhoff	106
(6) Zwischenergebnis	107
bb) Eingeschränkt stifterbezogenes Verständnis der Vermögenserhaltung	107
(1) Auffassung Hüttemann	107
(2) Auffassung Schwintek	110
(3) Auffassung Müller-Faßbender	112
(4) Auffassung Schwarz	112
(5) Auffassung Burgard	114
(6) Zwischenergebnis	116
b) Kein abstrakter Vorrang eines Interesses (uneingeschränkt stifterbezogenes Verständnis der Vermögenserhaltung)	116
aa) Auffassungen Kronke und Heuel	117
bb) Auffassungen Hof und Pöllath	118
cc) Auffassung Muscheler	119
dd) Zwischenergebnis	120
c) Zusammenfassung und Stellungnahme	120
3. Zwischenergebnis	122
IV. Vergleich	123
1. Anforderungen des § 81 Abs. 1 BGB, insbesondere Widmung eines Vermögens zur Erfüllung eines Zweckes (Mittel-Zweck-Relation)	124
2. Stiftungsbegriff	125
a) Klassische Merkmale des Stiftungsbegriffs	125
aa) Stiftungsorganisation	125
bb) Stiftungsvermögen	126
cc) Stiftungszweck	127
b) Die Stiftungsautonomie als Kern des Stiftungsbegriffs	128
aa) Bestand des Grundsatzes der Stiftungsautonomie	129
(1) Die Auffassung Burgards – Nichtbestehen des Grundsatzes der Stiftungsautonomie	129
(2) Herrschende Ansicht: Bestehen eines Grundsatzes der Stiftungsautonomie	131
(3) Stellungnahme	132
bb) Inhalt der Stiftungsautonomie	137

3. Auswirkungen von Mittel-Zweck-Relation und Stiftungsautonomie auf das Spannungsfeldproblem verdeckter Unternehmensselbstzweckstiftungen . . . . .	141
a) Implikationen aus der Mittel-Zweck-Relation . . . . .	141
b) Auswirkungen der Stiftungsautonomie . . . . .	143
aa) Grundsätzlicher Vorrang des Stiftungszwecks . . . . .	143
bb) Die Ausnahmen des Zweckverwirklichungsbetriebs und der unternehmensbezogenen Zwecke . . . . .	145
c) Eingeschränkt stifterbezogenes oder stiftungszweckbezogenes Konzept der Vermögenserhaltung? . . . . .	147
(1) Voraussetzungen einer rechtlichen oder faktischen Bindung . . . . .	147
(a) Satzungsmäßige Vermögensgegenstandsbindung . . . . .	148
(b) Doppelkonstruktionen . . . . .	148
(c) Satzungsmäßige oder faktische Identität von Stiftungs- und Unternehmensführung (personelle Verflechtung) . . . . .	149
(d) Zwischenergebnis . . . . .	152
(2) Voraussetzung für den zivilrechtlichen Konfliktfall zwischen Stiftungszweck und Unternehmensinteresse . . . . .	152
(a) Satzungsmäßige Vermögensgegenstandsbindung . . . . .	152
(aa) Eingeschränkt stifterbezogenes Konzept der Vermögenserhaltung . . . . .	152
(bb) Kriterien für den Konfliktfall zwischen Stiftungszweck und Unternehmensinteresse . . . . .	157
(cc) Ausdrücklicher Ausnahmepassus nicht erforderlich . . . . .	163
(b) Doppelkonstruktionen . . . . .	164
(c) Zwischenergebnis . . . . .	169
c) Ergebnis . . . . .	170
<b>E. Stiftungssteuerrechtliche Aspekte unternehmensverbundener Stiftungen</b> . . . . .	171
I. Einleitung . . . . .	171
II. Das schwedische Stiftungssteuerrecht . . . . .	172
1. Einleitung . . . . .	172
2. Steuervorteile für Stiftungen . . . . .	173
a) Einkommensteuer (Inkomstskatt) . . . . .	173
aa) Sonderregeln für Stiftungen mit qualifiziert gemeinnützigem Zweck . . . . .	173
(1) Ändamålskravet . . . . .	175
(2) Verksamhetskravet . . . . .	176
(3) Fullföljdskravet . . . . .	177
bb) Auf alle juristischen Personen anwendbare Regeln . . . . .	182
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer (Arvs- och gåvoskatt) . . . . .	184
c) Vermögensteuer (Förmögenhetsskatt) . . . . .	185
d) Grundsteuer (Fastighetsskatt) . . . . .	185
3. Steuervorteile für Stifter, Zustifter und Spender . . . . .	186
4. Ergebnis . . . . .	187
III. Das Problem verdeckter Unternehmensselbstzweckstiftungen aus gemeinnützigkeitsrechtlicher Sicht . . . . .	190

## Inhalt

1. Lösung im schwedischen Recht	190
2. Lösung im deutschen Recht	193
a) Wirtschaftliche Gefahr durch Thesaurierung aus Vorsorgegesichtspunkten	197
aa) Allgemeine Rücklagenbestimmungen	198
(1) § 58 Nr. 6 AO	198
(2) § 58 Nr. 7a Alt. 1 AO	198
(3) § 58 Nr. 7a Alt. 2 AO	200
(4) § 58 Nr. 7b AO	200
bb) Rücklagenbestimmungen speziell in Bezug auf die Thesaurierung von Unternehmensgewinnen	200
(1) Unternehmen als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	201
(2) Unternehmen als Vermögensverwaltung	202
cc) Rechtsfolge bei Verstoß	203
b) Wirtschaftliche Gefahr durch Abhängigkeit vom Erfolg und der Ausschüttung des Unternehmens	203
aa) Auswirkung von Verlusten	205
bb) Auswirkung von Ertragschwäche	209
c) Folgerungen für satzungsmäßige Vermögensgegenstandsbindungen	213
aa) Grundsatz der ausschließlichen gegenwartsnahen Zweckerfüllung (§§ 55 Abs. 1 Nr. 5, 56 AO)	213
bb) Einschränkung aus § 58 Nr. 11 AO?	215
(1) Eingeschränkt stifterorientiertes Konzept der Vermögenserhaltung: Unbeachtlichkeit von Vermögensgegenstandsbindungen im zivilrechtlichen Konfliktfall	215
(2) Unbeachtlichkeit von Vermögensgegenstandsbindungen im gemeinnützigkeitsrechtlichen Konfliktfall	216
(3) Stiftungszweckorientiertes Konzept der Vermögenserhaltung: Steuerschädlichkeit von Vermögensgegenstandsbindungen	217
(4) Stellungnahme	218
(a) Restriktivere Regeln des Gemeinnützigkeitsrechts	218
(b) Wirtschaftliche Ratio des Stiftungssteuerrechts	219
(c) Schlussfolgerungen	219
(d) Rechtsfolge einer satzungsmäßigen Vermögensgegenstandsbindung	221
d) Folgerungen für Doppelkonstruktionen	223
e) Zwischenergebnis	225
3. Ergebnis	226
<b>F. Schlussbetrachtung</b>	229
<b>Abkürzungen</b>	233
<b>Literatur</b>	239
<b>Sachregister</b>	261